

Bensheim, 05.10.2026

Betreff: Angebot zum demokratischen Austausch mit der AfD-Fraktion Bergstraße

Sehr geehrte Damen und Herren der Schulleitung,
sehr geehrte Frau Sezgin,

mit einiger Verwunderung habe ich die Berichterstattung des *Bergsträßer Anzeigers* über die Eröffnung der Interkulturellen Woche am Starkenburg-Gymnasium zur Kenntnis genommen.

Als bildungspolitischer Sprecher der AfD-Kreistagsfraktion Bergstraße begrüße ich ausdrücklich, wenn sich Schüler mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen. Politische Bildung lebt von Diskussion, Kontroversen und der Bereitschaft, sich auch mit Positionen auseinanderzusetzen, die man selbst nicht teilt.

Gerade deshalb irritiert mich die im Artikel geschilderte Darstellung der AfD.

Nach dem Bericht wurde in einem von Schülern erstellten Filmbeitrag behauptet, bei Umsetzung des AfD-Wahlprogramms würden Frauen „nicht mehr arbeiten und stattdessen zu Hause bleiben und Kinder bekommen“, während junge Menschen mit Migrationshintergrund „auf andere Schulen gehen“ müssten. Eine Schülerin wird anschließend mit der Aussage zitiert, dies werde im Falle einer AfD-Regierung „bald unser Alltag“.

Diese Darstellung erweckt den Eindruck, es handele sich hierbei um tatsächliche programmatische Forderungen der AfD. Die Aussagen über ein Arbeitsverbot für beziehungsweise einen erzwungenen Rückzug von Frauen aus dem Berufsleben sowie eine generelle schulische Trennung von Kindern nach Migrationshintergrund entsprechen nicht den politischen Forderungen, für die die AfD eintritt.

Besonders bemerkenswert ist, dass dem Artikel zufolge gerade Recherchearbeit im Politikunterricht und in der Antirassismus-AG Grundlage der Veranstaltung gewesen sei. Wenn Schüler sich mit den Positionen einer demokratisch gewählten und im Kreistag Bergstraße vertretenen Partei beschäftigen, sollte meines Erachtens der Anspruch bestehen, deren tatsächliche Positionen korrekt wiederzugeben und zwischen belegbaren Forderungen, politischer Kritik und hypothetischen Szenarien sauber zu unterscheiden.

Politische Bildung sollte nicht darin bestehen, über eine Partei in deren Abwesenheit zu sprechen und dieser Positionen zuzuschreiben, die sie nicht vertritt, sondern zuverlässige und neutrale Quellen auszuwerten und auch mit den gewählten Vertretern der Partei zu sprechen.

Genau deshalb möchte ich Ihnen ein konkretes Angebot machen:

Ich komme gerne als bildungspolitischer Sprecher der AfD-Kreistagsfraktion an das Starkenburg-Gymnasium und stelle mich der Diskussion mit Ihren Schülern und der Antirassismus-AG.

Dabei bin ich ausdrücklich bereit, auch kritische, unbequeme und kontroverse Fragen zu beantworten. Die Schüler sollen die Gelegenheit bekommen, unsere tatsächlichen Positionen unmittelbar kennenzulernen, diese kritisch zu hinterfragen und sich anschließend selbst ein Urteil zu bilden. Ebenso könnten die im Filmbeitrag erhobenen Behauptungen Punkt für Punkt anhand unserer Programmatik überprüft werden.

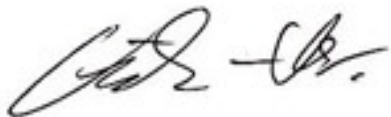
Gerade wenn das Ziel Ihrer Veranstaltung darin besteht, jungen Menschen demokratische Werte, gesellschaftliche Teilhabe und den Mut zur eigenen Position zu vermitteln, sollte ein solch unmittelbarer demokratischer Austausch willkommen sein. Demokratie bedeutet schließlich nicht, nur dann miteinander zu sprechen, wenn man ohnehin derselben Meinung ist.

Ich würde mich deshalb freuen, wenn Sie mein Angebot aufgreifen. Gerne können wir gemeinsam ein geeignetes Format vereinbaren, beispielsweise eine Diskussion mit dem Politik-Leistungskurs und der Antirassismus-AG oder eine größere schulöffentliche Gesprächsrunde.

Über die AfD zu sprechen ist legitim. Mit der AfD zu sprechen, wenn man ihren Schülern deren angebliche Ziele vermittelt, sollte allerdings ebenso selbstverständlich sein.

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung und auf einen offenen, sachlichen und durchaus kontroversen Austausch.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Dietz-Verrier, Studienrat a.D.
Bildungspolitischer Sprecher
Stellv. Fraktionsvorsitzender